

**Rede  
des Bundeskanzlers  
der Bundesrepublik Deutschland**

**Friedrich Merz, MdB**

**anlässlich der  
Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2025  
17. September 2025  
Berlin**

Sperrfrist: Redebeginn

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Redezeit: 20-25 Minuten

Wörter: Circa 2200 Wörter

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Unser Land steht in diesem Herbst an einer Wegmarke.

Wir alle spüren: Die Entscheidungen, die vor uns liegen, drehen sich nicht um Details, sondern um Grundsätzliches. Es geht um die Zukunft unseres Landes – wie wir Leben und Zusammenleben, wie wir Arbeiten und Erwirtschaften, und ob unsere Werte weiterhin Bestand haben.

Wir müssen die Realitäten nüchtern betrachten, um an dieser Wegmarke den richtigen Pfad für unser Land einzuschlagen. Zu dieser Realität zählen drei grundsätzliche Befunde.

Erstens: Unsere Freiheit ist bedroht – und zwar konkret und nicht nur abstrakt. Die Bürgerinnen und Bürger im Land spüren eine wachsende Unsicherheit. Sie merken: Uns werden neue Spielregeln aufgezwungen – durch militärische Gewalt, durch hybride Bedrohungen, durch Angriffe auf unsere freiheitliche Demokratie.

Zweitens: Unser Wirtschaftsmodell ist unter Druck: Durch einen neuen Protektionismus, der sich gegen Freihandel und offene Märkte richtet. Durch hohe Energiepreise und überbordende Bürokratie. Und durch eine neue Welle an technologischer Innovation, die wir nicht nur bewältigen, sondern anführen müssen, damit wir unseren Wohlstand bewahren können.

Drittens: Unser Zusammenhalt wird offen in Frage gestellt. Dies geschieht durch politische Kräfte im In- und Ausland. Sie machen unsere Demokratie verächtlich, sie säen Zwietracht, sie wollen unsere Gesellschaft – und auch diese Koalition – auseinanderdividieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Bundesregierung hat den festen und gemeinsamen Willen, sich dieser Realität zu stellen. Wir werden unsere Freiheit bewahren, den Wohlstand mehren und neuen Zusammenhalt stiften.

Wir, CDU, CSU und SPD, tun das aus Verantwortung für Deutschland – in großer Gemeinsamkeit und mit einer

und ebenso großer Entschlossenheit, den richtigen Pfad an dieser Wegmarke unseres Landes einzuschlagen.

Lassen Sie mich mit der Verteidigung unserer Freiheit beginnen – denn die Freiheit ist die Grundlage unseres Zusammenlebens.

Der von Russland ausgehende Krieg in der Ukraine ist längst auch in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der NATO zu spüren. Er beeinflusst unser Leben konkret. Wir wollen, dass dieser Krieg endet. Und zugleich steht zu befürchten, dass er nicht schnell enden wird – jedenfalls darf er nicht enden auf Kosten der politischen Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine.

Denn ein Diktatfrieden, ein Frieden in Unfreiheit, würde Putin dazu ermutigen, sich sein nächstes Ziel zu suchen. Mit der russischen Verletzung des polnischen und rumänischen Luftraums haben wir es in der vergangenen Woche erlebt.

Diese Ereignisse fügen sich ein in einen Trend in Deutschland und in Europa: Putin testet längst die Grenzen, sabotiert, versucht zu verunsichern. Russland will unsere freien Gesellschaften schleichend destabilisieren.

In dieser Lage gilt es, unsere Resilienz und unsere Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Es gilt, unsere Gegner vor weiterer Aggression abzuschrecken und zugleich Verbündete und Partner enger zusammenzuführen – wie die Bundesregierung es auch konsequent tut, etwa auf dem deutsch-französischen Ministerrat in Toulon.

Für all dies arbeitet diese Bundesregierung seit sie im Amt ist. Und wir haben schnell eine neue Tiefe der Zusammenarbeit, der Abstimmung mit unseren Freunden und Partnern erreicht. Deutschland ist in Europa wieder Gestaltungsmacht statt Enthaltungsmacht.

Wir treten entschlossen und geschlossen auf, damit keine Zweifel entstehen: Deutschland weiß um seine Verantwortung für Frieden und Freiheit in Europa.

Wir müssen uns dabei auch klar darüber werden, mit welchen Mitteln wir Frieden und Freiheit heute zu verteidigen haben. Dazu zählen:

Eine starke Bundeswehr zur Abschreckung und Verteidigung; ein neu aufgestelltes Beschaffungswesen, den politischen Willen zur Abschreckung, und das stetige Streben nach einer engstens abgestimmten Haltung innerhalb der NATO, insbesondere des europäischen Teils der NATO.

Deshalb haben wir durch eine Grundgesetzänderung die Möglichkeit geschaffen, die Verteidigungsausgaben wesentlich zu erhöhen. Dieser Beschluss, dieses starke Signal hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die NATO auf dem Gipfel Ende Juni in Den Haag nicht auseinandergebrochen ist. Sondern dass sie im Gegenteil jetzt deutlich stärker wird. Heute können wir von einer neuen NATO sprechen.

In der transatlantischen Allianz werden die Lasten nun fair verteilt, und gerade die europäischen Mitglieder übernehmen mehr Verantwortung.

Deshalb haben wir für diese Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit schon wichtige Gesetze auf den Weg gebracht. Wir machen den freiwilligen Wehrdienst so attraktiv, dass wir die Soldaten und Soldatinnen für den Dienst gewinnen. Und wir stellen die Weichen für schnellere Beschaffung, damit die notwendige Ausrüstung auch bereitsteht.

Für eine glaubhafte, starke Bundeswehr – damit wir militärische Mittel eben nicht einsetzen müssen, damit wir glaubwürdig abschrecken können. Mich leitet dabei: Wir müssen und verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen.

Deshalb haben wir einen Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt eingerichtet, der zeitnah seine Arbeit aufnehmen wird. Wir werden mit diesem Nationalen Sicherheitsrat Reibungsverluste innerhalb der

Bundesregierung beseitigen und Synergien zwischen den zuständigen Häusern schaffen.

Deshalb stärken wir die Nachrichtendienste des Bundes. Sie werden deutlich besser finanziert und ihre Befugnisse an die neue Zeit angepasst werden.

Deshalb stärken wir den Bevölkerungsschutz, die zivile Antwort auf die Bedrohungen unserer Zeit. Wir ermöglichen den größten Modernisierungsschub der letzten Jahrzehnte beim Schutz vor Katastrophen, Krisen und Konflikten.

Deshalb orientieren wir unsere Handelspolitik in der Europäischen Union an unseren Interessen. Neue Handelsverträge mit globalen Partnern sind zentral für unsere exportorientierte Volkswirtschaft. Ich werde in den nächsten Wochen zu Partnern außerhalb des transatlantischen Raums reisen, um hier einen konkreten Impuls zu setzen.

Meine Damen und Herren,

wir dürfen uns mehr zutrauen. Es ist Mode geworden, die Machtlosigkeit der Politik angesichts einer zunehmend komplexen Welt zu beklagen. Ich mache mir diesen Befund nicht zu eigen. Und ich nenne als ein Gegenbeispiel die Migrationspolitik. Die Migrationswende, die wir angekündigt haben, ist erfolgreich eingeleitet. 60 Prozent Rückgang der Asylzugangszahlen im Jahresvergleich des August sprechen eine deutliche Sprache.

Schon all dies, worüber ich bis hierher gesprochen habe, ist übrigens Reformpolitik. Diese neue Außen- und Sicherheitspolitik seit Antritt dieser Regierung ist Reformpolitik, meine Damen und Herren, und sie ist zugleich Innenpolitik!

Die Trennung von Innen und Außen ist überholt. Denn das Engagement der Bundesregierung im Äußeren dient der Bewahrung von Frieden, Freiheit und Wohlstand im Inneren.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

wir wollen uns in dieser Welt, die wieder rauer wird, nicht einfach nur behaupten – sondern wir wollen auch genau das bleiben, was wir sind: ein demokratisches, ein rechtsstaatliches und ein soziales Land.

Und dass wir ein demokratisches Land sind, das heißt: Hier gibt nicht Einer die Richtung vor; hier geben nicht Mehrere die Richtung vor; hier geben wir alle uns selbst die Richtung vor. Es sind wir alle, die wir uns darauf einigen müssen, wo dieses Land steht – und wo dieses Land hin will.

Und dieses „Alle“, das ist die Summe aller konstruktiven Kräfte in diesem Land, die das bewahren wollen, was uns ausmacht – und was wir bleiben wollen: demokratisch, rechtsstaatlich, wirtschaftlich erfolgreich, sozial.

Damit das gelingt, müssen wir mutige Reformen vorantreiben. Wir werden Strukturen verändern. Wir müssen Dinge neu ordnen, damit sie auch künftig ihren

Zweck erfüllen. Auch damit haben wir längst begonnen.  
Der Herbst der Reformen ist längst eingeleitet.

Das betrifft unseren Sozialstaat.

Es geht dabei um nichts weniger als um Gerechtigkeit.  
Und um einen neuen Konsens darüber, was  
Gerechtigkeit in unserer Zeit heißt.

Bei der Rente heißt das: Der Generationenvertrag muss  
neu gedacht werden. Diese Reform unseres  
Sozialstaates steht uns bevor, und wir haben  
versprochen, sie beherzt anzugehen.

Die jungen Menschen dürfen nicht zusätzlich belastet  
werden, nur weil sie in der Unterzahl sind.

Zugleich muss die ältere Generation für die harte Arbeit,  
die sie ihr Leben lang geleistet hat, ihren wohlverdienten  
Ruhestand in wirtschaftlicher Sicherheit genießen  
können.

Die sogenannte Boomer-Generation verdankt ihren Namen einer Phase in unserer Geschichte, in der das Land im Aufbruch war, in der Wachstum herrschte und die Lasten des Krieges zurückgelassen wurde. Seitdem hat sich die Gesellschaft dramatisch verändert; die Arbeitswelt wurde mehrfach neu erfunden; das Familienbild und die Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen, Alten und Jungen werden beständig neu verhandelt.

Das bedeutet: Wir müssen – ohne mit den Fingern auf andere Gesellschaftsgruppen zu zeigen – auch unser Rentensystem neu aufstellen. Denn wenn die Gesellschaft sich ändert, dann muss die Politik schritthalten.

Wir haben bereits ein ganzes Bündel von Maßnahmen – ich nenne nur die Aktiv- und die Frühstartrente – auf den Weg gebracht, die die Anreize erhöhen werden, freiwillig länger zu arbeiten.

Wenn hier und auf anderen Feldern Kommissionen arbeiten und Vorschläge machen, dann dient das der

Vorbereitung eben jener Reformen, die breite Zustimmung finden müssen, wenn sie tragen sollen. So funktioniert Demokratie. So wird auch unsere Demokratie eine Lösung aushandeln, die von einer breiten Mehrheit getragen wird.

Als Koalition haben wir den Willen, einen neuen Konsens in Deutschland zu all diesen Fragen zu begründen.

Ich will diese Chance ergreifen, für dieses Land und seine wirtschaftliche und zugleich seine soziale Stärke!

Es geht darum, dass wir die Lasten so verteilen, dass unser Sozialstaat auch künftig funktioniert. Dazu müssen wir uns alle vergegenwärtigen, dass Reformen unumgänglich sind. Wenn wir uns auf diese Grundlage verständigen können, dann verständigen wir uns auch auf das Ziel: Wir wollen die sozialen Versprechen, die wir uns ja geben wollen, künftig auch erfüllen können!

Das betrifft auch die Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Niemand in unserem Land fällt in die Armut, weil er

arbeitslos wird. Das ist eine große Errungenschaft unseres Staates. Und weil wir diesen Kern des Sozialstaats erhalten wollen, werden wir das bisherige Bürgergeld zu einer Neuen Grundsicherung grundlegend ändern.

Es geht nicht darum, Menschen, die nicht arbeiten können, das Leben schwerer zu machen. Aber wir wollen, dass alle, die arbeiten können, auch tatsächlich arbeiten. Auch das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Da geht es nicht um einen Vorwurf der Faulheit – sondern wir haben als Politik das System so aufzustellen, dass alle es als gerecht empfinden können.

Wer arbeitet und damit auch den Schwachen hilft, darf nicht den Eindruck haben, dass er den Missbrauch des Systems finanziert.

Wir müssen die Strukturen verändern, um das Geld so einzusetzen, dass es wirklich denen hilft, die Hilfe brauchen.

Wir werden uns auch die Kranken- und die Pflegeversicherung unter diesem Gesichtspunkt annehmen. Wir müssen das Geld, das wir hierfür aufbringen können, besser einsetzen. Auch hier gibt es Möglichkeiten, Strukturen so zu verändern, dass die sozialen Versprechen, die wir uns für diese Lebenslagen geben, erfüllt werden können – ohne die Kosten für den Einzelnen und ohne die Kosten für die Unternehmen immer weiter zu erhöhen.

Der Kern unseres Sozialstaats können wir erhalten und stärken, wenn wir wieder zu Wachstum kommen. Eine neue wirtschaftliche Dynamik ist die Voraussetzung für die künftige Finanzierung von sozialen Leistungen. Dieser Zusammenhang muss uns eindeutig klar sein.

Wir können die sozialen Versprechen nicht halten, indem wir weniger, und seien sie noch so reich, möglichst viel nehmen.

Wir können die sozialen Versprechen nur halten, wenn wir alle unsere Arbeitskraft entfalten und kreativ sein

können – und in dieser Selbstverwirklichung die Mittel erarbeiten, die wir für unsere Solidarität brauchen.

Auch das gehört für mich zu einem neuen Konsens der Gerechtigkeit.

Die Umstände genau dafür gut zu gestalten, das heißt:

- Die Steuern im Rahmen halten. Wir haben die erste große Reform der Unternehmensbesteuerung seit 15 Jahren beschlossen – das ist eine wichtige Erleichterung, die Investitionen ermöglicht.
- Wir müssen investieren. Auch der Staat wird in einer Größenordnung in dieses Land investieren, die einen Unterschied machen wird. So werden wir auch private Investitionen mobilisieren. Ich werde in dieser Woche einen Chief Investment Officer berufen, der als zentraler Ansprechpartner für ausländische Investoren dient, und der für den Wirtschaftsstandort Deutschland wirbt

- Langwierige Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen durch einen konsequenten Rückbau von Bürokratie. Wir brauchen deutlich mehr Geschwindigkeit für die Modernisierung unserer Infrastruktur.
- Energiepreise senken wir. Wir brauchen eine realistische Energiepolitik, die uns als Volkswirtschaft nicht überfordert. Das ist übrigens auch klimapolitisch sinnvoll, denn die notwendige Klimapolitik entsteht nicht per Verordnung, sondern über die richtigen Anreize im Markt. Katherina Reiche hat in dieser Woche Eckpunkte vorgelegt, die in die richtige Richtung zeigen.
- Schließlich gehören zur wirtschaftlichen Reformagenda dieses Herbstes Bürokratieabbau, Digitalisierung und Staatsmodernisierung. Ein neues Ministerium für diese Fragen hat ehrgeizig seine Arbeit aufgenommen. So bündeln wir jetzt erstmals alle digitalen Zuständigkeiten. Diese Themen werden wir auch bei der Kabinettklausur der Bundesregierung priorisieren.

Meine Damen und Herren,

auf all diesen Feldern arbeitet diese Bundesregierung mit großer Konzentration. Wir haben uns nach einer sehr kurzen Sommerpause direkt eine dichte Agenda vorgenommen. Die Kabinettsitzung vor zwei Wochen hat auf vielen Feldern wichtige Dinge auf den Weg gebracht. Bereits bis zur Sommerpause, in weniger als 100 Tagen, haben wir ein enormes Pensum erledigt.

Wir legen diese Geschwindigkeit vor, weil wir wissen: Es gilt keine Zeit zu verlieren. Dieses Land muss jetzt spüren, dass es besser wird, dass die lange bekannten Probleme endlich angegangen werden. Das wird diese Bundesregierung erreichen. Und ich bitte Sie, ich bitte die Bürgerinnen und Bürger, ihre Bundesregierung dabei zu unterstützen.

Der Herbst der Reformen wird auch nicht die letzte Jahreszeit sein, in der wir das Land zum Besseren verändern. Es wird sich ein Winter, ein Frühling und ein weiterer Herbst der Reformen anschließen – ich werde jedenfalls genau dafür werben!

Ich bitte schließlich alle die, die uns genau und kritisch beobachten, und alle die, die ungeduldig auf die Veränderungen warten, auch um die nötige Ausdauer.

Wir haben erst begonnen!

Vieles wird hier im parlamentarischen Raum zurzeit noch beraten, bevor es beschlossen wird und wirken kann.

Aber wir haben begonnen.

Und wenn die Dinge erst wirken,  
dann werden sich viele positive Impulse ergeben,  
dann werden sich die Rahmenbedingungen spürbar verbessern,  
dann wird die Kraft, die in diesem Land steckt, wieder zum Tragen kommen.

All das tun wir aus Verantwortung für Deutschland.

Vielen Dank.